

Antwort des Ministerpräsidenten Oliver Paasch  
auf eine aktuelle Frage  
Plenarsitzung vom 08.12.2014

Es gilt das gesprochene Wort!

## **Beteiligung der Deutschsprachigen Gemeinschaft an der Gesellschaft Vogelsang ip**

### **... Frage ...**

Wie vergangene Woche bekannt wurde, wird die Sanierung der ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang deutlich teurer als veranschlagt. In der Presse ist in diesem Zusammenhang von einem "finanziellen Desaster" die Rede. Aufgrund von Verzögerungen bei den Bauarbeiten bestehe die Gefahr, dass fest eingeplante Fördergelder doch noch wegfallen könnten. Selbst eine mögliche Insolvenz der Gesellschaft wird in der Berichterstattung angesprochen.

Laut Regierungserlass vom 28. August 2008 ist auch die Deutschsprachige Gemeinschaft seit Anfang 2009 Teilhaber der GmbH „Vogelsang ip“. Auch wenn ihre Beteiligung am Stammkapital nur 650 € beträgt, hat sich die Gemeinschaft doch verpflichtet, einen Verlust in Höhe von 12.000 € jährlich abzudecken.

Deshalb meine Frage an Sie, Herr Ministerpräsident:

*Mit welcher Summe hat sich die Deutschsprachige Gemeinschaft seit 2009 insgesamt am Defizit der Gesellschaft beteiligt und welche finanziellen Auswirkungen hätte ein möglicher Konkurs auf die Finanzen der Gemeinschaft?*

**... Antwort ...**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

gemäß Beschluss der Regierung vom 28. August 2008 ist die DG seit dem 1. Januar 2009 Gesellschafter der gemeinnützigen GmbH vogel-sang ip.

Sie hält 2,38 Prozent der Gesellschafteranteile mit einem Wert von 650,- Euro.

Ein Konkurs der Gesellschaft würde die Gemeinschaft ihre Stammeinlage von sage und schreibe 650 EUR kosten. Nicht mehr und nicht weniger.

Die finanziellen Risiken der DG sind also sehr überschaubar.

Seit dem Jahr 2009 hat die Gemeinschaft sich mit 30.000,- Euro an der Gesamtinvestition in Höhe von 39,8 Millionen Euro beteiligt.

Der jährliche Betriebskostenzuschuss der Gemeinschaft betrug im Schnitt 11.720,- Euro.

Durch diese Finanzierung unterstützen wir den Aufbau eines weiteren Ortes der Erinnerung an die Schrecken des Nationalsozialismus.

Wir beteiligen uns also aktiv an einem Projekt der Völkerverständigung und der Friedenserziehung. Die Regierung steht zu dieser Beteiligung. Sie ist uns wichtig.

Die Einrichtungen der Gemeinschaft, insbesondere die Schulen in der DG, werden so zu privilegierten Partnern dieser Erinnerungs- und Bildungsstätte.

Übermorgen findet zum Beispiel ein Arbeitstreffen zwischen Verantwortlichen des Unterrichtswesens und Vogelsang statt, um weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu erörtern.

Im Anschluss daran erfolgt durch Vermittlung der Gemeinschaft ein erster Austausch zwischen den Verantwortlichen von Vogelsang und der Kaserne Dossin, einer wichtigen Holocaust-Erinnerungsstätte in Flandern.

Sie sehen Herr Mockel, wir nehmen die Erinnerungs- und Geschichtsarbeit sehr ernst, nicht nur in Worten.

Gegen Ende der Umbau- und Sanierungsarbeiten wird die Gesellschaft Vogelsang mit Mehrkosten in Höhe von voraussichtlich 3 Millionen Euro konfrontiert.

Auf der Gesellschafterversammlung vom 21. November 2014 wurde deshalb beschlossen, für diese Mehrkosten einen weiteren Förderantrag bei der Landesregierung NRW einzureichen.

Sollte dieser Antrag genehmigt werden, würde ich der Regierung gerne vorschlagen, sich in Höhe von 7.142,86 Euro an dem dann verbleibenden Eigenanteil der Gesellschaft zu beteiligen.

Das dürfte angesichts der Bedeutung des Projektes verkraftbar bleiben. Darüber hinaus gehende Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!